

DESIDERIUS-ERASMUS- STIFTUNG

**„Ab jetzt fördern wir
den Abbau unserer
Demokratie – und
gefährden
Menschenleben“**

- Die öffentliche Förderung der AfD-nahen Erasmus-Stiftung ist eine echte Katastrophe
- Neue Regierung ist gefordert, ein Stiftungsgesetz auf den Weg zu bringen – der Ausschluss rechtsextremer politischer Bildung muss Teil der Sondierungen und Koalitionsgespräche sein
- Neue Studie liefert weitere Belege für Demokratiefeindlichkeit der Stiftung

Berlin, 12.10.2021. Bei einer Pressekonferenz der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt/Main) mit dem Portal für Informationsfreiheit „FragDenStaat“ (Berlin) haben die Expert*innen die künftige Regierung aufgefordert, die Finanzierung der parteinahen Stiftungen zu regeln und an demokratische Positionen und Inhalte zu knüpfen.

Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank:

„Die Katastrophe für unsere Demokratie hat begonnen: Mit der öffentlichen Förderung der extrem rechten Desiderius Erasmus-Stiftung wird der Demokratie-Abbau ab jetzt staatlich subventioniert. Politiker*innen betonen in Sonntagsreden gerne das Lernen aus der Geschichte der Shoah – aber wer nichts gegen diese Katastrophe unternimmt, macht sich nicht nur unglaublich, sondern auch an ihr mitschuldig.

Wir warnen in der Bildungsstätte Anne Frank seit einigen Jahren vor der drohenden Gefahr durch die AfD-Stiftung: Die Erasmus-Stiftung wird eine rechtsbraune Infrastruktur im akademischen Feld aufbauen und sich dabei als seriöses Stiftungsangebot unter vielen inszenieren. Ganze Jahrgänge an Nachwuchswissenschaftler*innen – angehende Jurist*innen, Lehrkräfte, Mediziner*innen und Journalist*innen etc. – werden maßgeblich mitgeprägt von der in der Erasmus-Stiftung vertretenen antidemokratischen Weltanschauung, dass nur bestimmte Menschen zu einer völkisch definierten Gesellschaft gehören und andere aus ihr entfernt werden müssen.

Die öffentliche Förderung der AfD-nahen Erasmus-Stiftung bedeutet konkret: Es wird jeden Tag ein bisschen gefährlicher für Jüdinnen und Juden, für Schwarze Menschen und People of Color, für Schwule, Lesben und queere Menschen. Es ist leider nicht unwahrscheinlich, dass die Aktivitäten dieses Thinktanks Menschenleben kosten werden.

Aktuell kann die AfD-Stiftung eine Gesetzeslücke nutzen und Geld bekommen, ohne sich zu rechtfertigen. Denn die Vergabe von Haushaltsmitteln an die parteinahen Stiftungen ist in Deutschland nicht geregelt. Vom Demokratie-TÜV bis zum Stiftungsgesetz – es gibt verschiedene Möglichkeiten, etwas zu tun. Wir fordern die nächste Regierung auf, die Finanzierung der Stiftungen so zu regeln, dass gewährleistet ist, dass sie den demokratischen Diskurs befördern – und Menschenfeinde von der staatlichen Förderung ausgeschlossen werden. Ein Stiftungsgesetz darf unter keinen Umständen zur Verschiebemaschine bei den Koalitionsverhandlungen werden – nicht zu diesem Zeitpunkt.“

Arne Semsrott, Projektleiter „FragDenStaat“ & Autor der neuen Studie zur Desiderius-Erasmus-Stiftung „Politische Bildung von Rechtsaußen“ (hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung):

„Die Studie zeigt: Die Stiftung ist ein zentraler Baustein für Versuche der Neuen Rechten, in Deutschland Hegemonie im vopolitischen Raum zu erlangen. Entscheidende Akteur*innen sind teilweise seit Jahrzehnten äußerst gut vernetzt und organisiert in der Neuen Rechten. Sie referieren bei Organisationen der

Neuen Rechten wie dem rechtsextremen Institut für Staatspolitik, sie sind aktiv in radikalen Verbänden und Burschenschaften und publizieren in neurechten Medien wie dem Compact Magazin, der Sezession und der Jungen Freiheit.

Das zeigt: Nicht nur sind einzelne Akteur*innen der DES immer wieder mit menschenfeindlichen Äußerungen ausgefallen. Sie sind auch strukturell in einer Szene verankert, die den extremen Rechten zuzuordnen sind. Das zeigt auch jüngst die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen, in der deutlich wird, dass zentrale Organisationen des DES-Netzwerks als rechtsextremistisch eingestuft werden.

Außerdem wird deutlich, dass die Stiftungsfinanzierung auch unabhängig von der DES bisher äußerst intransparent und für die Öffentlichkeit kaum kontrollierbar abläuft. Es braucht ohnehin eine gesetzliche Grundlage für die Vergabe der inzwischen fast 700 Millionen Euro durch den Bund – umso mehr durch die Gefahr, die durch die DES entsteht.“

Katja Böhne, Campaignerin „Kein Geld für die AfD“, Bildungsstätte Anne Frank

„Wir sehen, was die Politik nicht sieht: Anders als die politischen Entscheider stehen wir in der Bildungsstätte Anne Frank genauso wie andere Akteure aus der Zivilgesellschaft im engen Austausch mit vielen unterschiedlichen Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft bis zur Freiwilligen Feuerwehr. Wir kennen die Berichte von Betroffenen von rechter Gewalt. Wir sehen, was passiert, wenn Demokratie nicht täglich bewusst praktiziert wird – sei es in der Schule, im Betrieb, Sportverein oder der Universität.“

„Jetzt, wo die Katastrophe eintritt, werden wir alles dafür tun, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung keinen Fuß auf akademischen Boden setzen wird. Um zu verhindern, dass dieses ‚Konglomerat aus antisemitischen und rassistischen Scheinwissenschaftlern‘ (Jan Böhmermann) ihr extrem rechtes Gedankengut an den Universitäten, Hochschulen und Schulen verbreitet, brauchen wir aber die Mithilfe aller.“

„Die Stiftung hält sich zunehmend bedeckt über ihr Personal und ihr Programm. Deshalb wollen wir als nächsten Schritt ein Portal entwickeln, auf dem Veranstaltungen und Aktivitäten der Desiderius Erasmus-Stiftung gesammelt werden. Mittels geballter Schwarmintelligenz wollen wir für Transparenz im Stiftungssumpf sorgen.“

Weitere Informationen

Die Bildungsstätte Anne Frank beobachtet die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung und ihres Führungspersonals seit 2018 und klärt seit Ende 2020 im Rahmen der Kampagnen „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ und „Kein Geld für die AfD“ über die AfD-Stiftung auf.

Die Anfang September gestartete Website www.kein-geld-fuer-die-afd.de bietet – neben vielen Informationen zum Thema – Unterstützung dabei, ausgewählte Politiker*innen anzuschreiben und sie dazu aufzufordern, dass sie die Finanzierung aus Steuergeldern verhindern müssen. Die Aktion stieß auf großen Anklang – 40.000 Emails waren in den ersten Tagen an Politiker*innen und Abgeordnete verschickt worden; innerhalb weniger Tage war dann auch der Server unter der Belastung zusammengebrochen.

Prominente Künstler*innen, Organisationen und Influencer*innen wie Marc-Uwe Kling und das Känguru, Comic-Zeichner Ralf Ruthe, der Autor Max Czollek oder der Comedian Jan Böhmermann warnen vor der DES.



zdf Magazin Royal, 8.10.2021

DIE KÄNGURU-COMICS



06.09.2021, erschienen bei Twitter @realMarcUwe

Im Juni hatte die Bildungsstätte Anne Frank ein Bündnis zahlreicher **Organisationen der Zivilgesellschaft** initiiert, das in einem „**Manifest für die politische Bildung**“ vor der Desiderius-Erasmus-Stiftung warnt und die Fraktionen im deutschen Bundestag dazu auffordert, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das u.a. den Ausschluss von Verfassungsfeinden von der öffentlichen Förderung sicherstellt.

Erstunterzeichnende: Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Campact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/

Zusammen mit dem ehem. MdB Volker Beck hat die Bildungsstätte am 21. April ein Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ vorgestellt: Das Papier argumentiert, dass und wie die politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden kann – eine Art **Demokratie-TÜV für politische Stiftungen**

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit_Demokratie-TÜV.pdf

Im Kampagnenvideo „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, die ehemalige Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete, der Kabarettist Max Uthoff (Die Anstalt), die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld und Christoph Lübcke, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

www.stiftungstrick-der-afd.com
www.youtube.com/c/BildungsstätteAnneFrank

**Studie „Politische Bildung von Rechtsaußen“
(hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung)**

www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien-2021/desiderius-erasmus-stiftung-politische-bildung-von-rechtsausen/



Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#KeinGeldFürDieAfd

#NoAfDStiftung

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main